

Dresdner Neueste Nachrichten

Einzelgenpreiss: Die 26 mm breite Zeile kostet 0,30 Reichsmark für auswärts 0,35 Reichsmark. Die Restausgabe im Verhältnis an reaktionellen Text 79 mm breit kostet 1,50 Reichsmark. Die auswärts 2,00 Reichsmark. Die Druckgebühren für Zusatzenarbeiten betragen 0,10 Reichsmark. Für Anzeigen auf bestimmten Tagen und Stellen kann eine Sonderabrechnung vereinbart werden.

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Für den halben Monat 1 R. Mark bei freier Zustellung durch Post.
Dresdner in Dresden Dezember 200 Reichsmark für die nächste 6 Monate monatlich 1 R. 15 Kreuzer. Bestellungen im Voraus wöchentlich 0,90 Reichsmark, nach dem Quartale 1,30 Reichsmark. **Einzelnummer 15 R. Pfennig**

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-N., Ferdinandsstr. 4. • Fernruf: 2 0024, 2 1951, 2 1952, 2 1953. • Telegramme: Neueste Dresden. • Postfach: Dresden 2060
Abbestellungen (ohne Rückporto) werden weiter vorkaufend nach aufbewahrt. - Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsere Verleger keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 285 Sonntag, 5. Dezember 1926 XXXIV. Jahrg.

„Humanisierung des Friedensvertrages“

Erklärungen Briands und Chamberlains - England für Beendigung der Kontrolle zu Beginn des Jahres
Die deutsche Delegation in der Völkerbundstadt

Strefemanns Weg nach Genf

Und was tut Dr. Wirth?

Heute nachmittag trifft der deutsche Reichsaußenminister in Genf ein. Die ersten vorbereitenden Verhandlungen werden dann sofort beginnen. Die Aufgabe der deutschen Delegation ist, wie bei den meisten beratigen Besprechungen der letzten Jahre, von vornherein dadurch erschwert, daß sich die Gegenpartei bereits auf einer Konferenz im Prinzip geeinigt hat. Dies geschah diesmal im Verlaufe der Pariser Besprechungen zwischen Briand und Chamberlain und dem polnischen Außenminister Jakselli.

Bei den bevorstehenden Besprechungen muß man wohl zwischen zwei ganz verschiedenen Dingen unterscheiden: auf der einen Seite handelt es sich um die Befestigung der interalliierten Militärkontrolle. Diese Frage hat nichts mit dem Völkerbund zu tun, sondern nur mit dem Sonderbesprechungen mit den Alliierten der Alliierten besprochen werden. Der deutsche Standpunkt ist bekannt. Deutschland ist entschlossen für eine interalliierte Kontrolle in der vom Versailler Friedensvertrag vorgegebenen Form in kein Platz mehr. Ziel Strefemanns muß es sein, endlich einen möglichst nachteiligen und festem Termin für die Beendigung der Kontrolle zu erreichen. Des Hinf. zu erreichen. Man hat in Paris gestern und vorgestern über diesen Termin abgesehen, und der englische Standpunkt, die Beendigung der Kontrolle auf Januar festzusetzen, scheint vorläufig durchgedrungen zu sein.

Eine ganz andere Frage ist die der zukünftigen Völkerbundstruktur, wie man so schön zu sagen pflegt. Diese Frage wird aller Voraussicht nach von Frankreich innerhalb des Völkerbundes ausgearbeitet werden. Nach den Berichten des „Daily Telegraph“ ist, wenigstens bisher, keine Entscheidung worden, daß das sogenannte und von Deutschland ebenfalls abgelehnte Annetionsprotokoll des Völkerbundes vom Dezember 1924 unter Teilnahme Deutschlands erneut überprüft und hoffentlich revidiert wird. Auch hier ist der deutsche Standpunkt bekannt: Deutschland erkennt die Ausdehnung des Artikels 218 des Versailler Friedensvertrages, wie er in dem bisherigen Annetionsprotokoll zum Ausdruck kommt, nicht an und wird keinesfalls irgendwelche ausländischen Kontrollorgane in Rheinland bilden. Ebenso unannehmbar wäre es für Deutschland, eine auch nur provisorische Annetionsform des Protokolls zu bilden, falls man in Genf über die endgültige Revision sich nicht einigt.

Strefemanns Aufgabe ist um so schwerer, als die Kritik in Deutschland, wie wir schon kürzlich andeuten, in den letzten Tagen schärfer geworden ist. In seinen offenen Geanern im Hause der Bungenberg und Reventlow ist eine verheerende, aber ebenso rein parteipolitisch orientierte Opposition getrieben, die von Männern nicht schloßen läßt und die nun allerlei „Reiter“ der Strefemannschen Außenpolitik zu entdecken sich mühen, um bei gegebener Gelegenheit den Minister zu hürzen. Diese Opposition steht zum größten Teile links vom Reichsaußenminister und wird von Männern geführt, die früher eine Erfüllungspolitik trieben, die weit über die vorläufigen Grenzen hinausging, wie sie sich Dr. Strefemann gestellt hat, und die Dr. Strefemann heute als „verlangten Klüppelstein“ angriffen.

Jetzt auf einmal bekennen sie sich auf den Nationalismus und werden wie es zum Beispiel auf der Tagung der Revisionisten Union Wirths geschah, die Frage auf, ob Strefemanns Versöhnungspolitik kein allzu kühnes Abenteuer sei. Allerdings ist Herr Dr. Wirth dabei wieder einmal das Temperament durchgegangen und er hat nach dem Bericht des „S. T.“ in seiner Rede wörtlich erklärt: „Acht liegt es an uns, die großen Vilen der Außenpolitik selbst zu sein. Es ist die Frage, ob wir die Außenpolitik machen oder die Monarchisten auf Urlaub, die sich in der Volkspartei ein Stückchen ausgeben.“ Hier scheint der „Innenpolitische“ Wirth dem Außenminister durchgegangen zu sein. Denn dieser gab ihm um bemerkenswerter, als Dr. Wirth noch sprach in Post und Schrift und in betonten Worten an Dr. Strefemann die deutschen nationalen Freundlichkeit gestreift und erklärt hat, er habe das größte Verständnis für die Positionen der von ihnen betriebenen Außenpolitik. Was will Herr Dr. Wirth nun eigentlich? Es ist ihm nicht die wachsende Kritik Dr. Strefemanns als

Das neueste Schlagwort

Telegramm unres Korrespondenten

ch. Paris, 4. Dezember

Briand sprach sich gestern vor Journalisten über seine Besprechungen mit Chamberlain und Jakselli aus und machte einige, großes Aufsehen erregende Bemerkungen.

„Wir haben natürlich von der Entwaffnung Deutschlands gesprochen“, begann Briand, „aber ich kann Ihnen darüber keine Einzelheiten mitteilen. Die interalliierte Kontrollkommission in Berlin beschäftigt sich noch mit der Angelegenheit. Man muß ihre Zeit lassen, ihre Aufgabe zu erfüllen. Möglich ist, daß der Völkerbund auf seiner am Montag beginnenden Session die Frage behandeln wird, in welcher Weise die Annetionsorgane neu gestaltet werden sollen. Diese Frage kann um so leichter angeht werden, da es sich darum handelt, den Nachfolger des Präsidenten der Annetionskommission zu ernennen. Gegenwärtig ist bekanntlich General Dekker Präsident dieser Kommission. Von dem Ergebnis der Sachverständigenarbeiten hängt viel ab. Letztendlich hat sich der Völkerbund bereits im großen und ganzen über den Umfang der Annetionsorgane ausgesprochen. Man muß sich bemühen, eine Wiederholung der Versailler Vertragsbestimmungen zu vermeiden, um dem Geist der Annäherung zu entsprechen, und das Wort des französischen Außenministers wiederholt werden. Die „Humanisierung“ des Vertrags ist aber äußerst kompliziert und erfordert Zeit. Das Instrument von Versailles ist sieben Jahre alt. Der Vertrag von Versailles ist sieben Jahre alt. Der Vertrag von Versailles ist sieben Jahre alt.“

Ueber die Eventualität einer Zusammenkunft der Außenminister der vier Großmächte - Briand, sagte Briand, daß über dieses Thema mit Chamberlain nicht gesprochen wurde. „Mediano ist mir bisher nicht bekannt, daß Herr Mussoliniagent wäre, nach Genf zu kommen.“ Diesen Bemerkungen Briands folgte Sauerwein hinzu, daß der französische Außenminister die Notwendigkeit erkannt habe, die von ihm als „Humanisierung“ bezeichnete Anpassung des Versailler Vertrags an die tatsächlichen Verhältnisse allmählich durchzuführen. Nicht so sehr Vocoarno, sondern die Erkenntnis, daß die rechtliche Aufrechterhaltung des Versailler Vertrags nicht mehr möglich sei, brachte nach der Meinung Sauerweins Briand an der in seinem Pressegespräch zum Ausdruck gebrachten Überzeugung.

Die Rechtekoalition, die den Frieden von Versailles billigte, ist nicht mehr vorhanden. Amerika hält sich fern. England ist von seinen Dominions durch eine fast unauflösbare Verfassung getrennt. Italien ist unzufrieden und chagriniert. Von der Entente der Siegermächte zu sprechen, wäre lächerlich. Von den Großmächten

Staatsmann so wenig Ruhe, daß er ausgerechnet am Vorabend äußerst wichtiger außenpolitischer Verhandlungen an den Herren Dr. Strefemann übergeht und die Zielsetzung des Reichsaußenministers durch beratige parteipolitische Randbemerkungen erschwert?
Th. Seb.

Der britische Standpunkt

Telegramm unres Korrespondenten

RF. London, 4. Dezember

Die „Times“ berichten heute, man dürfe nach den gestrigen Pariser Verhandlungen hoffen, daß ein grundsätzliches Übereinkommen in der Entwaffnungsfrage noch vor der Eröffnung der Ratifikation am Montag erreicht werde. Wie so oft, werde wohl das Wichtigste außerhalb der Beratungen selbst geschehen. Auch die meisten anderen Blätter haben ähnliche Informationen aus Paris. Nur der „Daily Express“ ist besorgt, weil England sich immer mehr in das allgemeine europäische Ruhe- und Ruhe-Spiel einlasse. Englands Position gegenüber den Dominions werde dadurch erschwert. Wir hoffen, daß Chamberlain und Wirth sich recht viel Berührungen bei ihrer Pariser-Welt finden werden“, schreibt das Blatt. „Über wir

die den Krieg siegreich zu Ende geführt haben, verzeihen nur noch Frankreich mit seinen alliierten Bundesgenossen das durch den Versailler Vertrag geschaffene Statut. Um Konfliktmöglichkeiten zu beseitigen und den Vocoarno-Pakt seinem Geiste entsprechend zu entwickeln, ist es notwendig, den Versailler Vertrag zu humanisieren und seine Unterlagen für einen Frieden herzugeben, wie er sich aus den effektiven Tatsachen ergibt.“

Diese Bemerkung Sauerweins zu Briands Presseerklärungen ist infolge von großer Bedeutung, da sie mit voller Deutlichkeit die Beweggründe der französischen Annäherungspolitik an Deutschland darlegt.

Wir arbeiten für unsre Kinder

Chamberlains Ansicht

Telegramm unres Korrespondenten

ch. Paris, 4. Dezember

Chamberlain empfing eine Reihe von Pressevertretern auf der englischen Botschaft und erklärte u. a.: „Als ich nach Vocoarno zurückkehrte, sagte ich Ihnen, daß nach Abschluß der Verhandlungen so fortige Resultate nicht erwarten dürfe. Wir arbeiten weiter für und noch für die heutige Generation; wir arbeiten für unsre Kinder, denen wir die Schrecken des Krieges ersparen wollen. Für den Augenblick ist das Bestmögliche, nicht nur auszuweichen, sondern langsam, aber sicher vorwärts zu kommen. Das muß unsre Richtschnur sein. Sie sehen, wie beschcheiden meine Politik ist. Die Umwälzung einer europäischen Annäherung liegen bereits vor. Nordamerika sprach seine Befriedigung über das in Vocoarno erreichte Werk aus. Ich glaube, daß wir innerhalb eines Monats zur Aufhebung der Militärkontrolle gelangen werden. Das Gegenteil wäre für die ganze Welt eine große Enttäuschung. Eine frühere Annäherung des Rheinlandes hätte ich für eine äußerst wichtige Sache. Ein solcher Akt würde tatsächlich beweisen, daß wir auf dem Wege der Verwirklichung der Vocoarno-Verträge eine sehr bedeutende Etappe zurückgelegt haben. Doch darf man nicht vergessen, daß ein so gewaltiger Schritt erst durch Ergebnisse der in Wert gelegten Verhandlungen politisch gerechtfertigt werden kann. Ich bemühe mich nach allen Kräften, dieses Resultat zu erreichen, habe jedoch leider noch keine Lösung gefunden, andere Staatsmänner ebenfalls. Meine Überzeugung ist aber, daß der Verwirklichung des Friedens unüberwindliche Hindernisse nicht entgegengebracht werden können, solange zwischen den vier wichtigsten europäischen Außenministern ein Einverständnis vorhanden ist. Ich hoffe auch, daß wir imstande sind, ein Annetionsstatut zu schaffen, wie es nach Aufhebung der Militärkontrolle dem Völkerbundsstatut entsprechend erforderlich ist.“

Nach der Schlacht

Das so bestia unstrittene Geleit gegen Schmutz und Schand ist mit Hilfe der Rechten gehen vom Reichstag verabschiedet worden. Die Demokraten ließen bei der Endabstimmung ausbleiben; ein Teil stimmte für, ein anderer gegen das Geleit. Noch in der Endphase ergab sich innerhalb der Regierungsparteien ein Konflikt, der aussieht, wie noch gestern im größten Teil unserer Kassen berichtet wurde, ein recht ruhiges Aussehen hatte. Am Laufe des Tages ist dann aber doch eine Entspannung eingetreten, so daß irgendwelche unmittelbaren Folgen aus dem Zwischenfall nicht mehr zu erwarten sind. Zunächst hatte die demokratische Fraktion die Abänderungsanträge der Regierungsparteien am Donnerstagabend ausgearbeitet. Wenn sie am Freitag auf das Einreichen der Fraktionsvorsitzenden noch hin beschloß, ihre Unterfertigung zu verlangen, so waren für diese Entscheidung sehr wichtige Gründe maßgebend, die nur schwindend leichtlich in einer Natur sind. Man wünschte nicht, in so enger Gemeinschaft mit einer Partei sich zu zeigen, deren kulturpolitische Tendenz, wie Frau Dr. Bäumer, die übrigens bekenntlich im Prinzip für das Geleit eintrat, mit vollem Recht bemerkte, nicht zweifelhaft ist. Die Deutsche nationale Parteien, die sich für eine gütliche Gelassenheit über ihre Konstitutionsfähigkeit ins Licht zu rücken, und sie beileben sich, ihr Ziel unter die Anträge zu setzen. Sie haben damit erreicht, daß die Demokraten abgelehnt wurden. Was dann weiter im Plenum geschah, war nur das offizielle Nachspiel zu diesem Kampf hinter den Kulissen, zu dessen unmittelbarer Aufklärung allerdings geschäftsmäßige Momente beigetragen haben. Zunächst die Annahme des Geleits von vornherein so gut wie gesichert war, begünstigen sich die Sozialdemokraten damit, die Mittel einer milden Obstruktion anzuwenden, und setzen auf die Art eine kurze Verzögerung der Schlussabstimmung durch. Ein Verfahren, dessen Sinn man nicht recht versteht. Denn wenn eine Mehrheit für ein Geleit, was es noch so unglücklich gelohnt sein, vorhanden ist, und wenn keine Möglichkeit besteht, die Abstimmung auf längere Zeit zu vertagen, ist es schließlich völlig gleichgültig, ob es um 2 Uhr oder um 6 Uhr nachmittags angenommen wird.

Unsre Stellung zu dem nunmehr angenommenen Geleit ist bekannt. Wir halten einen Schutz der Jugend vor Schmutz und Schand für außerordentlich notwendig und ehrsprechend. Wir lehnen aber ein Geleit ab, das, um diesen Schutz zu erreichen, die gesamte deutsche Literatur soziologisch unter Schulhaufung stellt. Neben es um so mehr ab, als in diesem Geleit der Reichsgedanke in betriebsamerter Weise eingetragene ist.

Man hat in der letzten Zeit viel von den „Kulturprovinzen“ des Deutschen Reiches gesprochen, auf die man Rücksicht nehmen müsse. Das ist gut und schön, aber der Wille dieser einzelnen, voneinander so völlig verschieden Kulturprovinzen darf nicht dem ganzen Reich aufzuzwingen werden. Sonst kommen wir zu einem großen Zankhaden. In Bayern ging man dieser Tage mit dem Gedanken um, einen Film, der auf Grundlage von Lessings Drama „Nathan der Weise“ aufgebaut war, verbieten zu wollen, weil, wie einer der Gutachter erklärte, es nicht angehe, daß in dem Film auf die Frage, welche von allen Religionen die beste sei, eine tolerante und neutrale Antwort gegeben werde.

Wir fürchten, daß wir sehr bald ähnliche Beispiele erleben werden. Und selbst wenn die Oberste Reichsprüfung in Leipzig noch einen gewissen Schutz für die Freiheit des künstlerischen Schaffens darstellt, so werden doch fortgesetzt überlegen und um vor der ganzen Welt fertigstellende Auseinandersetzungen und Diskussionen nicht zu vermeiden sein. Und glaubt man wirklich, daß sich Bayern so ohne weiteres dem Gutachten der Reichsprüfung anschließen und fügen wird?

Wir sehen zunächst einmal ganz davon ab, wie die Entscheidung über das Geleit die parlamentarische Lage im Reich beeinflussen wird. Das ist nicht das Wichtigste. Das Wichtigste ist vielmehr, daß bei der gestrigen Abstimmung ein Teil der liberalen deutschen Parlamentarier mit den Vertretern der ästhetischen Kulturreaktion auf der überfremden Rechten zusammenschloß und daß dieselben Kreise, die einstmal die Verleumdung zu Fall brachten, jetzt dem neuen literarischen Schmutz verfallen. Das war ein schwarzer Tag für den liberalen Gedanken in Deutschland.

Derabsetzung des Kohlenpreises in England

Telegramm unres Korrespondenten

RF. London, 4. Dezember

Infolge der steigenden Forderung in den Kohlenpreisen wurde gestern in den Bergwerken beschlossen, den Preis der Hauskohle für Hart herabzusetzen. Die Maßnahme hat, wie die „Daily Mail“ meldet, zu enormen Verlusten der Kohlenhändler geführt, die große Vorräte an Kohlen zu hohen Preisen angekauft hatten.